



# Geldsegen oder Millionengrab?

Public Private Partnership

**DIE LINKE.OL**  
Ratsfraktion Duisburg



# Liebe Leserin, lieber Leser,

die Ratsfraktion DIE LINKE. Offene Liste hat sich seit fast zwei Jahren intensiv mit dem Thema „Public Private Partnership“ d. h. „Öffentlich-Private Partnerschaft“ auseinandergesetzt. Schon nach kurzer Zeit waren wir der Überzeugung, dass sog. PPP/ÖPP-Modelle eine weitere Form der Privatisierung darstellen. Sie werden unter Verweis auf die schwere Krise der öffentlichen Finanzen und die mangelnde Investitionskraft der Kommunen betrieben. Statt diese durch Steuergerechtigkeit und eine sinnvolle Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund, Land und Kommunen zu lösen, eröffnet man Privatinvestoren zusätzliche lukrative Anlagemöglichkeiten. Man verschleiert die horrenden öffentlichen Verschuldung und verschärft sie am Ende noch. PPP/ÖPP ist auf jeden Fall teurer und riskanter als Projekte, die öffentlich verantwortet und kontrolliert werden. Eine typisch neoliberale „Lösung“, die in allen etablierten Parteien ihre Anhänger gefunden hat. Schon zu Beginn des Jahres 2006 beantragte DIE LINKE. Offene Liste im Schulausschuss, PPP-Projekte grundsätzlich abzulehnen. In der Folgezeit wurden immer mehr PPP/ÖPP-Projekte außerhalb Duisburgs bekannt - ob in Frankfurt/Main, Gelsenkirchen, Mülheim oder Offenbach; ob im Inland oder Ausland - die unsere Kritik bestätigten.

Wir haben einen Überblick zusammengestellt, um Sie über PPP/ÖPP-Projekte, ihre Merkmale und Risiken zu informieren. Wir gehen auch auf bereits vollzogene und laufende Privatisierungen in Duisburg ein. Um die Privatisierungswelle aufhalten zu können, ist es notwendig, dass sich die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt einmischen und deutlich sagen, dass sie den Ausverkauf öffentlichen Eigentums ablehnen. Nur Reiche können sich einen „schlanken Staat“ leisten. Immer weniger öffentlicher Besitz und öffentliche Dienstleistungen bedeuten immer weniger öffentliche Gestaltungsmöglichkeiten. Diese Politik ist letztlich ein Angriff auf die Demokratie. Der bessere Weg besteht in einer durchgreifenden Reform der öffentlichen Finanzen und der Stärkung der Investitionskraft der Kommunen. Vorschläge, wie sich Bürgerinnen und Bürger einmischen können, finden Sie zum Schluss dieser Veröffentlichung.

## **Ihre Ratsfraktion DIE LINKE. Offene Liste**

*Hermann Dierkes, Brigitte Diesterhöft, Erkan Kocalar, Marlies Lenzen*

# Millionengrab: Bildungszentrum Ostend in Frankfurt/Main

2003 unterschrieben die Stadt Frankfurt und die THEO Grundstücksverwaltungs-Gesellschaft einen PPP-Vertrag. Die Stadt mietete die Gebäude für die Musikschule, zwei Abendgymnasien, die Volkshochschule, eine Berufsschule und eine Bankakademie.

Die Miete im 1. Jahr betrug 3,9 Mio. Euro und steigt jährlich um 1,5 % auf 5,62 Mio. im Jahr 2030. Im letzten Jahr kauft die Stadt die Gebäude für die doppelte Jahresmiete zurück, das sind 11,24 Mio. Euro. Die Stadt zahlt am Ende 102 Mio. Euro an Miete für eine private Investition von 54,6 Mio. Euro. Die Verträge wurden geheim gehalten.



Fim School of Finance & Management



Bethmannschule in Frankfurt/Main

**Urteil der Revisoren der Stadt:** „Nach Ablauf der 20 Jahre hat der Investor kaum noch Interesse an der Höhe der Folgekosten, was den Schluss nahe legt, dass Bauqualität und Ausstattung lediglich diesen Zeitraum ‚aushalten‘ müssen.“\*) Die Billigbauweise ist schon jetzt sichtbar. Die Klassenräume sind zu klein, es fehlen Gemeinschaftsräume, es wird nur zweimal in der Woche gereinigt. Es fehlen Fluchtwege.

**Schlussbewertung der Revisoren:** Die Investorenlösung ist beim Bau um 4,3 Mio. Euro teurer. Geschätzte Mehrkosten für Strom und Heizung belaufen sich auf weitere 2,2 Mio. Die privaten Berater kosteten der Stadt 1,46 Mio. Euro. Die möglichen Reparaturkosten, die die Stadt schließlich doch übernehmen muss sowie die weiteren Risiken nach Ende der Mietzeit sind nicht kalkulierbar.

**Ergebnis:** Die PPP-Lösung ist viel teurer, die Gebäude sind schlechter. Der vollmundig von der Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) und ihrem Kämmerer Horst Hemzal versprochene Vorteil von 25 % beim PPP-Modell erweist sich als haltloses Phantasieprodukt.

\*) zit. nach: Werner Rügemeier, *Primat des Profits*, Vorabdruck

# Millionengrab: Landkreis Offenbach

Zwischen dem Landkreis Offenbach und der Hochtief AG bzw. deren Tochtergesellschaft Hochtief PPP-Schulpartnerschaft Offenbach GmbH wurde ein PPP-Vertrag abgeschlossen. Die Laufzeit umfasste den Zeitraum 2005 bis 2020, die Investitionen betragen 100 Mio. Euro für 49 Schulen.

Im Gegenzug zahlt der Landkreis Offenbach jährlich 22,45 Mio. Euro für die Nutzung, also für den gesamten Zeitraum 411,75 Mio. Euro.

Ein zweiter PPP-Vertrag existiert zwischen dem Landkreis Offenbach und der SKE School Facility Management GmbH. Der Vertrag läuft von 2005 bis 2020, die Investitionen betragen 370 Mio. Euro für 41 Schulen.

Dafür zahlt der Landkreis Offenbach insgesamt 781 Mio. Euro.

Die Beratungskosten betragen ca. 30 Mio. Euro.



Geschwister-Scholl-Schule in Mühlheim/Kreis Offenbach (Foto: Hochtief)

# Millionengrab: Die U-Bahn in London

2003 schloss die Stadtverwaltung London einen PPP-Vertrag mit dem privaten Firmenkonsortium Metronet. Metronet besteht aus fünf Aktionären: Bombardier aus Kanada, dem Wasser- und Abwasserunternehmen Thames Water, dem Energiekonzern Electricité de France, dem Baukonzern Balfour Beatty sowie dem englischen Ingenieursunternehmen WS Atkins. Vereinbart wurden je Aktionär Investitionen in Höhe von 100 Mio. Euro, unabhängig davon, wie sich die Kosten des Projekts entwickeln.

Im November 2006 beantragte Metronet bis 2010 zusätzlich 3,3 Milliarden Euro, um die notwendigen Aufgaben erledigen zu können; bewilligt wurden 180 Mio. Euro.

Daraufhin stellte Metronet einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens – die Stadt London muss an die privaten Investoren bis 2032 „etwa“ 45 Milliarden Euro zahlen. Was „etwa“ bedeutet wird sich noch herausstellen.

Die Beratung erfolgte durch US-Wirtschaftsprüfer Price Waterhouse Coopers (PWC)\* Ernst & Young, KPMG, Deloitte & Touche sowie die Wirtschaftskanzlei Freshfields.

Die Kosten für die Beratung beliefen sich auf ca. 750 Mio. Euro.

<sup>\*)</sup> Ist auch für die Stadt Duisburg tätig



U-Bahn in London (Foto: pixelio.de / Stephanie Schroer)

# Millionengrab: Schottisches Parlament

Das Parlamentsgebäude in Edinburgh z. B. kostet Schottland nun das Sechsfache dessen, was man ursprünglich kalkuliert hat.



Schottisches Parlament (Foto: Pressearchiv Schottisches Parlament)

## Fazit aus den Beispielen

Jedes dieser Beispiele zeigt, dass es Banken und vor allem sogenannte Beratungsunternehmen sind, die sich zu Lasten der Kommunen und für den Profit der Privaten goldene Nasen „verdienen“.

**Es ist zu befürchten, dass ganze Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge der Privatwirtschaft überlassen werden. Diese sind an Gewinnmaximierung interessiert und nicht an sozialen Strukturen zum Nutzen der Bevölkerung.**



# Öffentlich-Private Partnerschaft ÖPP

Die Öffentlich-Private Partnerschaft in Form langfristiger Verträge ist in Mode gekommen. Auf der einen Seite die katastrophale Finanznot der Kommunen – auf der anderen Seite dringender Bau- und Sanierungsbedarf. Seit Jahren werden den Kommunen von Bund und Land gesetzliche Aufgaben übertragen, ohne die finanziellen Mittel bereit zu stellen. Neben umfassenden Kürzungen und Verschlechterungen kommunaler Dienstleistungen liegt die Investitionsquote am Boden. Sogar notwendige Instandhaltungsinvestitionen, z. B. an Schulgebäuden, bleiben auf der Strecke. Da die überfällige Gemeindefinanzreform verweigert wird, soll die „Lösung“ von privaten Investoren kommen. Veröffentlichte Meinung zahlreicher Politikerinnen, Politiker und Lobbyisten propagieren unablässig: „Privat ist besser und billiger“, „Privat vor Staat“ ist die Handlungsmaxime von CDU/CSU und FDP. Die SPD ist etwas zaghafter mit ihrem „Privat und Staat“.

**Für DIE LINKE. gilt: Öffentlich ist wesentlich. Wir meinen: Die Erfahrung gibt uns Recht.**

In vielen Gesprächen der LINKEN mit Duisburger Bürgerinnen und Bürgern wurde geäußert: **„Jedem mit gesundem Menschenverstand ist klar: Private Investoren wollen Gewinne erzielen, und zwar so hoch wie möglich.“**

Doch viele Verantwortliche in Politik, Verwaltung und stadtnahen Unternehmen setzen sich darüber hinweg. ÖPP-Projekte auf kommunaler Ebene erscheinen zunächst verlockend, weil die wirkliche Verschuldung nicht offen sichtbar wird. Lediglich die jährlichen Aufwendungen werden ausgewiesen. Aber das dicke Ende kommt später. Die Befürworter nehmen in Kauf, dass ein Zeitraum von 15 bis 30 Jahren gar nicht überschaubar ist und die Risiken zu Lasten der Kommunen verteilt werden. Sie nehmen es mit einem Achselzucken hin, dass häufig örtliche Handwerksbetriebe ausgeschaltet werden, die Leistungen sich verschlechtern, eine öffentliche Kontrolle nicht stattfindet und zukünftige Generationen mit den Verträgen geknebelt werden.

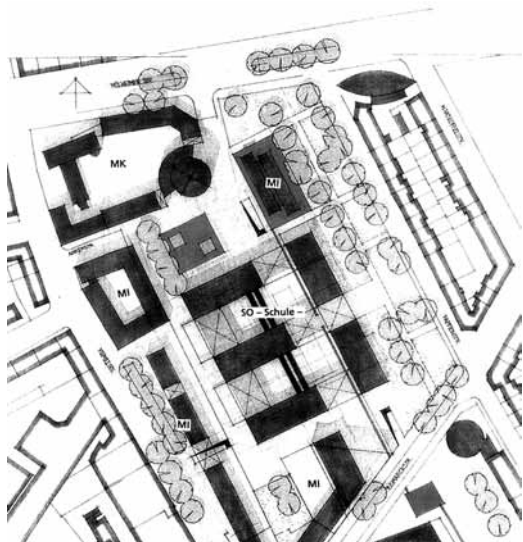
Lohndumping bei Bau und Sanierung sowie später bei Arbeitsbedingungen und Entgelt für die Bediensteten sind Profitquellen. Fragwürdige Verträge mit Blick auf Bauausführung und Unterhaltung weitere.

# Millionengrab auch in Duisburg?

In die Diskussion gekommen sind PPP-Projekte im Rahmen der kommunalen Haushaltsberatungen Anfang 2006. Die Unternehmensberatung Roland Berger sah die Möglichkeit, durch PPP-Projekte 9,3 Mio. Euro im Schulbereich einzusparen. Insgesamt wurde ein „Sparpaket“ von rund 50 Mio. Euro beschlossen. DIE LINKE. stimmte dagegen und brachte andere Vorschläge und sinnvolle Einsparmöglichkeiten in die Debatte.

Die Erfahrungen in anderen Kommunen hatten DIE LINKE. OL davon überzeugt, PPP-Projekte abzulehnen. Leider fand sich für diese Position insgesamt keine Mehrheit. Zur Zeit werden für zwei mögliche PPP-Projekte Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen angestellt: Für das „Neue Berufskolleg Mitte“ für rd. 5.000 Studierende in Neudorf und für einen Ersatzneubau der Neumühler Grundschule Salzmannstraße.

Die – in nichtöffentlicher Sitzung – vorgelegte Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für den Bau „Neues Berufskolleg Mitte“ konnte nicht überzeugen – jedenfalls nicht die Fraktion DIE LINKE. Offene Liste. „Gut unterrichtete Kreise“ ließen verlauten, dass der Ersatzneubau Salzmannstraße für private Investoren unattraktiv, weil zu klein sei.



Planung für das neue Berufskolleg DU-Mitte (Quelle: IMD)

# Zusammenfassung

## Die Risiken aus Sicht der LINKEN. Offene Liste

- » Die lange vertragliche Bindung über 15 bis 30 Jahre bedeutet Verzicht auf Planungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Veränderungen in diesem Zeitraum – evtl. wird das Gebäude nicht mehr gebraucht – sind nicht absehbar. Die Stadt müsste trotzdem zahlen.
- » Der Personaleinsatz wird vom Investor geregelt. Es ist fraglich, ob die Leistungen den Anforderungen entsprechen. Arbeitsbedingungen und Tarifbindung sind gefährdet.
- » Durch die Nutzungsentgelte müssen Aufwendungen finanziert werden, die eine Kommune alleine nicht hätte (Unternehmensgewinne, Gehälter und Tantiemen für Geschäftsführer, Manager, Aufsichtsräte ...)
- » Es ist davon auszugehen, dass die Belastung der Kommune um bis zu 160 % höher ausfällt, wenn die Vertragsdauer von 25 Jahren in die Berechnung mit einfließt.
- » Die Risikoverteilung – z. B. hinsichtlich möglicher Schadstoff-Kontaminationen – wird immer zu Lasten der Kommune ausfallen. Beim Zustand der meisten Duisburger Schulgebäude ist dies gar nicht regelbar.
- » Die Verträge unterliegen der Geheimhaltung. Wie sich diese mangelnde Kontrolle auswirkt, konnten wir gut beim milliardenschweren Skandal um die Einführung der LKW-Maut verfolgen.
- » Es ist verbreitete Praxis, dass der Investor den Vertrag verkauft, z. B. an eine Bank (sog. Forfaitierung). Dies wäre ein verdeckter Kredit an die Kommune und ist in aller Regel verbunden mit einem „Einredeverzicht“.
- » Forfaitierung mit Einredeverzicht: Die Kommune zahlt an die Bank und verzichtet von vornherein auf das Recht, Einfluss auf das Geschäft und seine Erledigung zu nehmen. Selbst wenn der Investor Pleite geht und seine Leistungen nicht mehr erbringt, muss die Kommune weiter zahlen.

**Die öffentliche Daseinsvorsorge wird nach und nach der Privatwirtschaft überlassen, die an Gewinnmaximierung interessiert ist und mit sozialer Verantwortung nichts im Sinn hat. Die Rechnungshöfe aus Bund und Ländern schreiben dazu:**

„ÖPP-Projekte, die sich die öffentliche Hand konventionell finanziert nicht leisten kann, darf sie sich ebenso wenig alternativ leisten.“

# Privatisierung und Widerstand in Mülheim

Am 25.2.2005 war im hoch verschuldeten Mülheim/Ruhr ein Bürgerentscheid erfolgreich, der es der Stadt untersagte, weiterhin Gesellschafteranteile der kommunalen Daseinsvorsorge auf Private zu übertragen. So konnten die Altenheime nicht wie geplant verkauft werden. Da ein Bürgerentscheid nach der Gemeindeordnung NRW allerdings nur zwei Jahre bindet, mussten Gegner der Privatisierung erneut für das Verbot mobilisieren.

Unsaubere Geschäfte, Millionenschulden, Steuernachforderungen und eine gerichtlich gerügte Gebührenpraxis bei ehemals öffentlichen Betrieben, die bereits vor 2005 an Private verkauft worden waren, sorgen in Mülheim seit Jahren für öffentliche Kritik. Hinzu kommt der Streit um die Übertragung von Anteilen der Ruhrbania-Projektentwicklungsgesellschaft (RPG) an einen niederländischen Investor, der allein bestimmt und kassiert, aber die Stadt soll für alles haften.

PPP-Verträge sind für den Schulbereich und für Sportstätten vorgesehen. Im Juni 2007 beschloss die Stadt, dass SKE, Tochter des weltgrößten Baukonzerns Vinci, das Medienhaus am Viktoriaplatz bauen und 25 Jahre betreiben soll. SKE investiert 14,8 Mio. Euro. Die Stadt bleibt zwar Eigentümer der Immobilie, muss allerdings über die nächsten 25 Jahre 41,2 Mio. Euro zahlen, egal was kommt. Der Vertrag sieht nämlich auch hier eine sog. „Forfaitierung mit Einredeverzicht“ vor (s. Seite 11).

Ein zweites Bürgerbegehren war im Juni 2007 erfolgreich, aber die Ratsmehrheit machte sich sein Anliegen nicht zu Eigen. So wurde am 9.9.07 ein weiterer Bürgerentscheid durchgeführt. Leider hatten sich die Reihen der Gegner – im Unterschied zu 2005 – stark gelichtet: Die Grünen waren jetzt – wie bereits vorher schon CDU, SPD und FDP – für die Privatisierung. Der örtliche Vorstand der Gewerkschaft ver.di – die Organisation war 2005 noch maßgebliche Kraft



im Kampf gegen Privatisierung – war ebenfalls umgeschwenkt. So mussten die auch im Rat vertretene kommunale Wählergemeinschaft MBI und weitere Basisgruppen diesmal die Hauptlast der Kampagne allein tragen. Die örtlich regierende SPD trat sogar zusammen mit städtischen Dezernenten an der Seite von CDU und FDP mit kostspieliger Plakatwerbung und Zeitungsanzeigen gegen eine Verlängerung des Privatisierungsverbots auf.

Der Bürgerentscheid vom 09.09.07 scheiterte, trotz einer bewundernswerten Kampagne der Privatisierungsgegner: 32.949 der 135.325 Wahlberechtigten hatten sich beteiligt (24,4 %). Davon stimmten 24.297 für das Privatisierungsverbot (73,4 %). Erforderlich wären aber 20 % der Wählerschaft bzw. 27.065 gewesen. Mit dem knappen Ausgang stehen die Privatisierungsgegner zumindest als moralische Sieger fest. Der bundesweit tätige Mehr Demokratie e.V. stellte zu Recht fest, dass der Bürgerentscheid an dem zu hohen NRW-Quorum von 20 % gescheitert ist. In Bayern, wo nur 10 % erforderlich sind, hätte er Erfolg gehabt.

# Privatisierung und Gegenwehr in Duisburg

In Duisburg wurden bereits unter SPD-Mehrheit wichtige kommunale Unternehmen teilweise verkauft (z. B. Stadtwerkeanteile an das RWE) oder formell in private Rechtsform überführt (Eigenbetrieb oder eigenbetriebsähnliche Einrichtung). Unter CDU/Grüne wurden die Wirtschaftsbetriebe in eine „Anstalt öffentlichen Rechts“ überführt, die schwächste Variante eines öffentlichen Unternehmens. 49 % des Klinikums Duisburg wurden im Mai 2007 durch Ratsbeschluss an den Klinikkonzern Sana verkauft. Weitere Anteilsverkäufe sind vertraglich als „Option“ vorgesehen. Für das Bürgerbegehren gegen weitere Verkäufe und gegen die Aufgabe der Gemeinnützigkeit wurden Ende Juli über 18.000 Unterschriften übergeben. DIE LINKE. Offene Liste hat das Bürgerbegehren unterstützt und wird auch in Zukunft weitere Privatisierungsbestrebungen bekämpfen.

Der Rat beschloss am 17.9. mit Mehrheit, dass das Bürgerbegehren gegen weitere Anteilsverkäufe des Städtischen Klinikums und für den Erhalt der Gemeinnützigkeit aus formalen Gründen gescheitert ist. 393 gültige Unterschriften hätten am Ende gefehlt. Die Initiative bezweifelt dies. Nach erster Akteneinsicht fanden sich bereits zahlreiche Unterschriften, die als gültig hätten gewertet werden können. DIE LINKE. vermutet weiterhin, dass das Bürgerbegehren durch Einflussnahme der Verwaltungsspitze „kaputt geprüft“ wurde.

Weitere „materielle“, also echte Privatisierungen drohen u. a. mit dem Verkauf des kommunalen Wohnungsbestands und öffentlicher Immobilien, wie es die Unternehmensberatung CSP vorgeschlagen hat. Auch PPP-Projekte sind eine Form der Privatisierung. Privatisiert wird die Verantwortung für das Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner. Wir bitten Sie, liebe Leserin, lieber Leser:

- » Unterstützen Sie den Kampf um den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- » Fragen Sie Ihre Mitglieder im Rat und Ihre BezirksvertreterInnen nach ihren Position zu PPP-Projekten und zur Privatisierung allgemein. Fragen Sie nach, wer den Nutzen aus solchen Projekten zieht.
- » Wenden Sie sich mit Leserbriefen an die örtlichen Medien.
- » Unterstützen Sie Bürgerbegehren, die sich gegen Privatisierungen wenden.
- » Fordern Sie mit uns eine gründliche Gemeindefinanzreform.

Für LeserInnen, die mehr zum Thema Privatisierung wissen möchten, haben wir eine kleine Auswahl zusammengestellt:



**Werner Rügemer**

**Privatisierung in Deutschland – Eine Bilanz**

*Von der Treuhand zu Public Private Partnership*

3. Auflage, 2006 - 204 S. - € 24,90 - SFR 43,70

ISBN 3-8969 1-630-0, Erschienen: Oktober 2006

„Rügemers spannende und informative Fleißarbeit ... zeigt ... das teure Elend der herrschenden Privatisierungspraxis.“

**www.attac.de** Im Internetauftritt der Bündnisorganisation Attac finden sich Analysen und Hintergründe sowie Kontakte zu Gruppen vor Ort, die sich aktiv in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einmischen.

**www.labourNet.de** ist der Treffpunkt der gewerkschaftlichen Linken im Internet. Hier finden sich auch Stellungnahmen, Aufrufe und Berichte zum Thema Privatisierung.

**www.wemgehoertdiewelt.de** bereitet die Themen Privatisierung, Inwertsetzung, öffentliche Güter, Deprivatisierung, Eigentum und Reichtumsverteilung auf. Bei regelmäßig stattfindenden internationalen Workshops und Konferenzen läuft die Vernetzung über diese Seite, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung betrieben wird.

**www.forum.mbi-mh.de** wird von den Mülheimer Bürgerinitiativen (MBI) betrieben und bietet umfangreiche Informationen über Privatisierungsvorhaben und Gegenwehr auf kommunaler Ebene.

**www.ungesundleben.de/privatisierung/** ist eine Seite, die sich speziell mit Informationen und Erkenntnissen zur Privatisierung im Gesundheitswesen beschäftigt.

**www.bahn-fuer-alle.de** Das Aktionsbündnis Bahn für Alle ist mit lokalen und bundesweiten Aktionen gegen die Privatisierung der Deutschen Bahn AG aktiv. hn für Alle fordert dazu auf, sich für eine wirkliche Verkehrswende, für eine konsequente Politik für die Schiene und damit für eine Bahn für alle zu engagieren.

## **Impressum**

### **Herausgeber**

Geschäftsstelle der **Ratsfraktion DIE LINKE. Offene Liste**

Gravelottestraße 28

47053 Duisburg

Tel. 02 03 / 9 30 86 92

### **Text**

Brigitte Diesterhöft

Hermann Dierkes

### **Layout**

heikobugaj.de